

Lenin an der Macht:

Die Oktoberrevolution und die Etablierung der Diktatur der Bolschewiki

(Vortrag von Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller, Friedrich-Schiller-Universität Jena, am
29.10.2021 in Gelsenkirchen)

Der Leninkult hat fast während der gesamten Dauer der Sowjetunion eine öffentliche Geltung besessen. Bereits zu seinen Lebzeiten gab es eine Führerpanegyrik, die sich in Huldigungsadressen oder eine Massenproduktion von gipsernen Lenin-Büsten zum Ausdruck brachte. Doch erst mit seinem Tod am 21. Januar 1924 setzte ein Lenin-Kult ein, der in einem säkularen Akt seinen Körper kanonisierte, indem dieser konserviert und in einem eigens auf dem Roten Platz in Moskau errichteten Mausoleum präsentiert wurde.

Den Modus der Erinnerung an Lenin gab der Generalsekretär der Partei, Stalin, noch in der Nacht nach dessen Tod vor:

„Wenn Sie es für nötig halten, organisieren Sie außer Trauerversammlungen am Sonnabend, dem Beisetzungstag, auch Trauerdemonstrationen. Unterstreichen Sie in ihren Reden: die Treue zum Vermächtnis des Genossen Lenin, die Stärkung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern und die Notwendigkeit des festeren Zusammenschlusses um Partei und Sowjetmacht!“
(Telegramm Stalins an die Gouvernement- und Oblast'komitees vom 21.1.24.)

Und der Aufruf „An die Partei! An die Werktätigen!“, den das ZK der Partei am 23. Januar über die Pravda und Izvestija verbreiten ließ, prägte einen hagiographischen Wortlaut, der bis zum Ende der Sowjetunion wiederholt wurde: Lenin habe die Partei gegründet, deren Feinde ausgeschaltet, die Herrschaft der Werktätigen begründet und die Kommunistische Internationale ins Leben gerufen. Er sei „der geliebte Führer des internationalen Proletariats“ gewesen und „eine so gigantische Gestalt“, wie es sie seit Marx nicht mehr gegeben habe. Lenin wurde zur Inkarnation der Massen erklärt, wenn das ZK festhielt:

„Alles, was im Proletariat wahrhaft groß und heroisch ist, fand seine wundervolle Verkörperung in Lenin, dessen Namen in der ganzen Welt zum Symbol des neuen Lebens geworden ist.“

Und Lenins Tod wurde als Verpflichtung für die künftige Arbeit aller Bolschewiki verstanden:

„Sein physischer Tod ist nicht der Tod seiner Sache. Lenin lebt in der Seele eines jeden Parteimitgliedes. Jedes Mitglied unserer Partei ist ein Teilchen von Lenin. Unsere ganze kommunistische Gemeinschaft ist eine kollektive Verkörperung von Lenin.“

Nach dem Tod Lenins stand zunächst nicht fest, welches Ausmaß und welche Bedeutung der Leninkult künftig einnehmen würde. So war seine Einbalsamierung unter den führenden Bolschewiki zunächst durchaus umstritten. Doch im Ringen um die Macht in der Partei, die mit Lenins Tod einsetzte, erschien es zunehmend wichtiger, sich als der wahre Erbe Lenins inszenieren zu können. Die Genese des Leninkults hängt also unmittelbar mit den innerparteilichen Machtkämpfen der 1920er Jahre zusammen. Aus diesen ging, wie wir wissen, Stalin als Sieger hervor, der nicht zuletzt darauf bedachte war, sich als Bewahrer von Lenins Erbe zu inszenieren.

Der Leninkult hat bis zum Ende der Sowjetunion und darüber hinaus eine integrierende Kraft entfaltet. Noch heute finden sich zahlreiche Lenin-Denkmäler im postsowjetischen Raum, zum Beispiel in Bischkek, der Hauptstadt Kirgisistan, wo ich vor zwei Wochen jenes Foto machen konnte. Dort hat man Lenin zwar vom Hauptplatz entfernt, das Denkmal aber nicht geschliffen, sondern an der Rückseite des Gebäudes in einem Park wiederaufgebaut.

Aus Anlass einer Anknüpfung an diesen Lenin-Kult in Gelsenkirchen möchte ich im Folgenden den historischen Lenin näher betrachten. Ich werde dabei nicht seine gesamte Biographie vorstellen, da dies angesichts der begrenzten Zeit nur in Schlaglichtern möglich wäre. Stattdessen lege ich den Schwerpunkt auf das politische Wirken Lenins in und nach der Oktoberrevolution. Zwei Gründe haben mich zu dieser Schwerpunktsetzung bewogen: Zum einen betreffen wichtige Bestandteile des Leninkults die Oktoberrevolution, zum anderen zeigt der Umgang mit politischen Gegnern nach der Machteroberung das Verhältnis Lenins zur Gewalt als ein Mittel der Politik.

1. Lenin und die Oktoberrevolution

Auch unser Bild von der Oktoberrevolution ist von Mythen geprägt, die die Bolschewiki zur Legitimation ihrer Macht geschaffen haben. Es beginnt mit der Vorstellung eines angeblichen Sturmes auf den Winterpalast. Tatsächlich hat es diesen nie gegeben. Sämtliche Bilder, die wir dazu kennen, wurden im Nachhinein

aufgenommen, sei es in Filmen wie Eisensteins „Oktober“ oder anlässlich der jährlichen Revolutionsfeiern, bei denen Komparsen das Ereignis nachspielten. Von der Besetzung des Winterpalasts durch Rote Garden gibt es keine Fotografien, dennoch haben diese Bilder und die Erzählung der Bolschewiki von der „Großen Oktoberrevolution“ unsere Vorstellungen nachhaltig geprägt.

Häufig wird die Geschichte der Oktoberrevolution in eine Geschichte des Weltkommunismus einbettet, so etwa die Ausstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung „Der Kommunismus in seinem Zeitalter“, die ja auch hier zu sehen war. Ich denke, dass man die Revolution nur aus der russischen Geschichte heraus erklären kann, und auch nur dann das Wirken Lenins entsprechen einordnen kann. Und das wiederum heißt, dass die Erzählung spätestens mit der Februarrevolution beginnen muss, um das Vorgehen Lenins im späteren Bürgerkrieg bessere einordnen zu können.

Die Februarrevolution von 1917 beendete die 300-jährige Herrschaft der Romanov-Dynastie. In der Februarrevolution gab es zwei Akteure, die auf je ihre Weise den Sturz des Zaren bewirkte und deren Doppelherrschaft die Monate zwischen Februar und Oktober 1917 prägten:

Die Duma, denn seit 1907 gab es in Russland ein Parlament, und diese entwickelte sich in der Februarrevolution zu einem neuen Machtzentrum. Aus ihren Reihen wurde nach der Abdankung des Zaren am 2. März 1917 auch eine Provisorische Regierung gebildet, die bis zur Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung das Land regieren sollte

Die städtische Arbeiterbewegung in Petrograd, deren Streiks die Februarrevolution ausgelöst hatten. Diese organisierten sich nach dem Vorbild eines Arbeiterrates der Revolution von 1905 als Petrograder Sowjet.

Der Sowjet rief Wahlen aus, bei denen jede Fabrik einen Deputierten entsenden konnte. Die Mehrheit lag bei den Menschewiki, doch auch die Bolschewiki hatten einige ihrer führenden Vertreter im Sowjet. Damit gab es ein politisches Kraftzentrum, das der Provisorischen Regierung gegenüberstand und weniger die liberale Intelligenz, sondern die Fabrikarbeiter vertrat. Allerdings: Keine Gegenregierung, als solche nicht gedacht und wohl auch überfordert gewesen;

Diese Doppelherrschaft musste nicht zwangsläufig in einen Konflikt münden, man könnte sogar sagen, dass eine Arbeitsteilung gut möglich war: Die Provisorische Regierung übernahm mit Hilfe der staatlichen Bürokratie die landesweite Regierung, der Petrograder Sowjet mit seiner Ordnungsmacht stellte eine Art Stadtregierung dar. Somit weniger Teilung der Macht als Teilung der Aufgaben.

Die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Petrograder Sowjet hing ganz wesentlich davon ab, wie sich die Bolschewiki, zur neuen Regierung verhalten würden; zunächst hatten die Bolschewiki keine eindeutige Position, zumal die Partei durch Verhaftungen am Vorabend der Revolution stark geschwächt worden war; die Revolution kam für die Bolschewiki zudem überraschend und man musste zunächst mal die eigenen Reihen sortieren und sich entscheiden, wie man sich in der neuen Situation verhalten sollte.

Und hier kommt Lenin ins Spiel, der die Haltung der Bolschewiki maßgeblich prägen sollte, nachdem er mit deutscher Hilfe aus dem Schweizer Exil nach Petrograd zurückgekehrt war.

Am 3. April 1917 traf Lenin gegen 11 Uhr nachts am Finnländischen Bahnhof ein. Dort war ein Empfang arrangiert, an dem Arbeiter und Soldaten sowie einfach Parteimitglieder der Bolschewiki teilnahmen. Lenin sprach noch auf dem Bahnhof zu den Soldaten, Matrosen und Arbeitern und verkündete den Anbruch einer neuen Epoche, da nun von Petrograd aus die sozialistische Weltrevolution beginnen und den europäischen Imperialismus zum Zusammenbruch bringen würde.

Noch in derselben Nacht konkretisierte Lenin seine politischen Forderungen. Diese sind unter dem Namen „Aprilthesen“ in die Geschichte eingegangen. Darin forderte er:

- Sofortiger Friedensschluss, da der Krieg ein imperialistischer sei; Provisorische Regierung brandmarkte er als kapitalistische und imperialistische Regierung
- Februarrevolution stellte er als eine „bürgerliche Revolution“ dar, es müsse sofort die nächste Revolution, die sozialistische Revolution erfolgen.

- Er erteilte eine Absage an jegliche Zusammenarbeit mit der Provisorische Regierung, statt dessen formulierte er die griffige Losung: „Alle Macht den Sowjets“
- Der Forderung der Bauern nach einer Umverteilung des Bodens müsse nachgekommen werden, allerdings trat Lenin für eine „Nationalisierung“ statt für den Übergang in das Privateigentum der Bauern ein

Lenin verwarf also mit Entschiedenheit den kooperativen Kurs, den nicht nur Sozialrevolutionäre und Menschewiki eingeschlagen hatten, sondern bis dahin auch die Bolschewiki unter der Führung Lew Kamenevs und Josef Stalins.

Aprilthesen aber nicht nur ein utopisch anmutendes politisches Programm, das Lenin fortan in die Tat umzusetzen versuchte. Ihre Bedeutung liegt vielmehr darin, dass es Lenin damit gelungen war, die mitunter hochfliegenden, insgesamt aber sehr diffusen Erwartungen der Masse an die Revolution jetzt in eine klare Formel gegossen hatte. Und diese Formel war an Radikalität nicht zu überbieten. Damit hatte Lenin die bestehende Spannung zwischen den sehr weitgehenden Erwartungen an die Revolution einerseits und der Notwendigkeit nach politischen Kompromissen sowie der Rückkehr zu einem normalen Leben andererseits durchbrochen.

Die Ankündigung, die Revolution fortzusetzen, war diametral entgegengesetzt zur Politik der Provisorischen Regierung, die eher bestrebte war, die demokratischen Errungenschaften der Februarrevolution zu sichern. Diese bedingungslose Opposition Lenins wurde zu einer schweren Hypothek der Provisorischen Regierung. In der Hauptstadt betrieben die Bolschewiki nun eine intensive Propaganda, welche die Provisorische Regierung nicht als revolutionäre, sondern als bourgeoise Regierung charakterisierte und bei den Massen damit auch diskreditierte.

Die Massen radikalisierten sich und im Juli 1917 kam es zu Massendemonstrationen für den Sturz der Regierung. Lenin und die Bolschewiki setzten sich an die Spitze der Bewegung. Am 3. und 4. Juli kam es zu wilden Schießereien, allerdings gab es keine klare Putschabsicht und keine klare Strategie. Vielmehr dominierten radikale Soldatenregimenter und Arbeiter die Szene, während die Bolschewiki ihnen vor allem die Parolen liehen und unterstützend zur Seite standen. Die Julitage, manchmal auch fälschlicherweise als „Juli-Putsch“ bezeichnet, endeten für die Bolschewiki jedoch im Desaster: Bei den wilden Schießereien gab es eine Vielzahl von Toten, in der Nacht

erschieden regierungstreue Truppen zum Schutz der Provisorischen Regierung und brachten die Lage wieder unter Kontrolle. Die Bolschewiki hatten sich diskreditiert, ihre Führungsspitze wurde verhaftet oder musste fliehen, so etwa Lenin, der mit Perücke und ohne Bart nach Finnland flüchtete.

Provisorische Regierung reagierte mit einer neu gebildeten Koalition mit Alexander Kerenskij als neuem Ministerpräsidenten. Kerenskij war Vertreter jenes Agrarsozialismus, der seine Hoffnungen vor allem auf die Bauern setzte; damit stand er ideologisch in scharfem Kontrast zu Lenins streng marxistischer Überzeugung; Kerenskij war allerdings kein Bauernpolitiker, sondern typischer Vertreter der linksradikalen Intelligencija; er war ein begnadeter Redner, konnte bei den Massen wahre Begeisterungstürme entfachen, und schien die ideale Figur zu sein, um der Provisorischen Regierung Autorität bei den Bauern zu verschaffen; und Kerenskij verkörperte die Hoffnung, alle sozialistischen Kräfte in ein neues, demokratisches Russland zu integrieren; mit dieser Position stand er ganz offensichtlich im krassen Gegensatz zu Lenins Aprilthesen; Kerenskij ist als sozialistischer Ministerpräsident stets ein Stachel im Fleisch der Bolschewiki geblieben: in den sowjetischen Darstellungen der Oktoberrevolution wird er meist als gewissenloser Kollaborateur der Imperialisten und als hinterlistiger und verschlagener Charakter gezeichnet, nicht zuletzt in Eisensteins Film „Oktober“. Dieses Bild wirkt zum Teil bis heute nach.

Im Sommer 1917 erhielten die politisch diskreditierten Bolschewiki überraschend eine neue Chance durch den Putschversuch des General Kornilov. Am 25. August 1917 marschierte er mit seinen Truppen vom Baltikum in Richtung Hauptstadt und versuchte einen Militärputsch, doch er scheiterte; Eisenbahner und die Petrograder Garnison hatten den Vormarsch zum Stehen gebracht, indem sie Kornilovs Soldaten in Diskussionen verwickelten, sie über ihre Instrumentalisierung durch die Konterrevolution aufklärten und sich schließlich mit ihnen verbrüderten; koordiniert wurden diese Maßnahmen von einem „Sowjetkomitee für den Kampf mit der Konterrevolution“. Daran waren auch Bolschewiki beteiligt, und der Erfolg rehabilitierte sie im Ansehen der Arbeiter und Soldaten.

Lenin agitierte aus seinem finnischen Versteck seit Mitte September für einen baldigen Aufstand. Anders als im Juli sollte die Regierung jetzt nicht infolge von spontanen Massendemonstrationen stattfinden, sondern eine gezielt geplante, bewaffnete Aktion sein.

Bis heute wird darüber diskutiert, ob die Oktoberrevolution eine Revolution oder nicht vielmehr ein Oktoberputsch war. Was ereignete sich also am 26. Oktober 1917?

Die Bolschewiki hatten zunächst die Kompetenzen des Militärischen Revolutionskomitees, das vom Petrograder Sowjet gegründet worden war, erweitert: eigentlich war es zur militärischen Verteidigung der Hauptstadt gegen die deutschen Truppen gegründet worden, nun erhielt es den Auftrag zur Verteidigung der Hauptstadt gegen die Konterrevolution

Die Kraftprobe wagte man dann am 22. Oktober, als das Militärische Revolutionskomitee die Soldaten des Petrograder Militärbezirks unter seine Befehlsgewalt stellte; die Provisorische Regierung entschloss sich zum Gegenschlag: Sie verfügte die Absetzung der Kommissare des Militärischen Revolutionskomitees und ließ den Verlag zweier bolschewistischer Zeitungen schließen. Daraufhin besetzten in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober militärische Einheiten und bewaffnete Arbeitertrupps auf Befehl des Militärischen Revolutionskomitees die strategischen Punkte der Stadt: das Telegraphenamt, die Brücken über die Neva, die Bahnhöfe, die Staatsbank und das Hauptpostgebäude. Am nächsten Morgen verkündeten Flugblätter und Plakate, dass die Provisorische Regierung gestürzt und die staatliche Gewalt in die Hände des Petrograder Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierte übergegangen sei.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich allerdings das Zentrum der Stadt, einschließlich des Winterpalasts, noch immer in der Gewalt von regierungstreuen Truppen. Doch abgeschnitten von Kontakten zur Außenwelt und ohne eine Verstärkung durch Fronttruppen schmolz die Loyalität zur Regierung rasch dahin. Als in der Nacht zum 26. Oktober schließlich auch der Winterpalast besetzt und die Mitglieder der Provisorischen Regierung, soweit sie noch da waren, verhaftet wurden, wurden sie nur noch von einigen Offiziersschülern und einem Frauenbataillon verteidigt.

Die Bolschewiki ließen auf dem in Petrograd tagenden Zweiten Allrussischen Sowjetkongress ihr eigenmächtiges Vorgehen bestätigen und damit legitimieren. Der Kongress beschloss – auf Antrag der Bolschewiki – die Einrichtung einer „Arbeiter- und Bauernregierung“. Wer wollte jetzt noch bestreiten, dass die neue Regierung eine Räteregierung war, auch wenn sie ausnahmslos aus Bolschewiki bestand? Die neue Regierung sollte „Rat der Volkskommissare“ heißen und das Land provisorisch

verwalten, und zwar so lange, bis eine Konstituierende Versammlung zusammengetreten sei.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Bolschewiki sind durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen, sie hatten allerdings große Teile der städtischen Arbeiterschaft hinter sich. Die Frage, die sich nun stellte, war, inwieweit Lenin und die Bolschewiki bereit waren, die errungene Macht mit den anderen sozialistischen Kräften im Land zu teilen, und welche Rolle man der Konstituierende Versammlung beimaß, die nach ihrer Wahl ja eigentlich den Rat der Volkskommissare ablösen und die Herrschaft in Russland auf eine demokratische Grundlage stellen sollte.

2. Lenin an der Macht

Die Bolschewiki hatten ihre Popularität bei den Massen nicht zuletzt dem Schlagwort „Alle Macht den Räten“ zu verdanken, mit dem sie den Herrschaftsanspruch der Provisorischen Regierung erfolgreich delegitimiert hatten. Die Idee einer Regierung, die sich auf den Petrograder Sowjet und die landesweite Rätebewegung stützte, hätte zugleich einer Zusammenarbeit *aller* sozialistischen Kräfte den Vorrang vor einer Herrschaft der Bolschewiki gegeben, denn die Bolschewiki waren zwar in den Räten auf dem Vormarsch, hatten aber bei weitem keine durchgängige Mehrheit.

Nachdem die Bolschewiki an der Macht waren, entschieden sie sich aber gegen eine Räteordnung und damit gegen eine Zusammenarbeit aller Sozialisten. Stattdessen gründeten sie schon am Morgen des 25. Oktobers als neue Regierung einen „Rat der Volkskommissare“, der ausschließlich aus Bolschewiki bestand. Den Vorsitz übernahm Lenin, Volkskommissar für Äußeres wurde Trotzki, Volkskommissar für Nationalitätenfragen wurde Stalin. Begrifflich distanzierte man sich mit der Wortneuschöpfung „Volkskommissar“ ausdrücklich von den bürgerlichen Kabinetten mit Minister und Ministerpräsident. Formal firmierte diese ad hoc aus der Taufe gehobene Regierung als ein Provisorium, dessen Mandat mit der Einberufung einer Konstituierenden Versammlung erlöschen sollte.

Dieser Kurs Lenins war in der Partei nicht unumstritten: Lew Kamenev und Grigorij Zinow'ev traten aus Protest sogar aus dem ZK zurück! Es gab ein offenes Ringen um die zentrale Linie der Partei. Lenin setzt sich am Ende jedoch weitgehend durch, nur

die Linken Sozialrevolutionäre, eine Abspaltung der Sozialrevolutionären Partei, wurden in die Regierung eingebunden.

Mit den ersten beiden Dekreten traf der Rat der Volkskommissare in den beiden zentralen politischen Fragen Grundsatzentscheidungen und wichtige Weichenstellungen für die Sicherung der Macht: dem Dekret über den Boden und dem Dekret über den Frieden vom 26. Oktober 1917.

Das Dekret über Grund und Boden:

„Das Eigentumsrecht der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird unverzüglich und ohne Entschädigungszahlungen aufgehoben.

Die gutsherrlichen Besitzungen sowie alle Domänenverwaltungen, Klöstern und Kirchen gehörenden Ländereien gehen mit allem lebenden und toten Inventar, allen Baulichkeiten und allem Zubehör in die Verfügungsgewalt der Amtsbezirks-Landkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputierten über, bis zum Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung.

(...)

Zweierlei ist an dieser Regelung bemerkenswert: Der Rat der Volkskommissare verfügt nur eine Übergangslösung, eine endgültige Lösung bleibt der Verfassungsgebenden Versammlung vorbehalten; und: Das Land wird nicht nationalisiert, geht also nicht in Staatseigentum über, sondern wird den Kreissowjets der Bauerndeputierten, also den Bauern selbst zur Verfügung gestellt. Diese Regelung ist im fortlaufenden Text von Formulierungen begleitet, dass der Boden denjenigen gehören soll, die ihn bebauen, und Lenin schlägt vor, den Boden je nach Leistungsfähigkeit und Bedarf unter den Bauern aufzuteilen.

In der zeitgenössischen Literatur wie in der Geschichtswissenschaft ist immer wieder der Hinweis zu finden, mit diesem Dekret hätte Lenin zu einem entscheidenden Zeitpunkt der Revolution das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre übernommen. Auf den ersten Blick mag dies einleuchten, denn die entschädigungslose Enteignung der Gutsbesitzer und das Überführen des Landes in Bauernhand war die zentrale Forderung der Sozialrevolutionäre seit deren Aufkommen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diese Einschätzung geht allerdings von einer Konkurrenz von

Programmen aus, und damit auch von einer Gestaltbarkeit der Verhältnisse im Oktober 1917.

Stattdessen zeigt das Dekret über Grund und Boden vielmehr, dass die Bolschewiki die längst einsetzende spontane, eigenmächtige Umverteilung des Bodens durch die Bauern freigaben. Denn mit dem Bekanntwerden der Revolution in Petrograd und des Sturzes der Provisorischen Regierung hatten die Bauern das Heft des Handelns selbst in die Hand genommen und gewissermaßen selbst entschieden, welche Konsequenzen die Revolution für sie habe. Da man nun mit einer Enteignung der Gutsbesitzer rechnete, führte man diese vielerorts eigenmächtig durch, und je mehr sich die Nachricht von einer Umverteilung des Bodens herumsprach, desto mehr Bauern nahmen daran teil, da keiner in dieser entscheidenden Stunde zu kurz kommen wollte.

Das Dekret über Grund und Boden initiierte somit nicht etwa die Enteignung der Gutsbesitzer, es sanktionierte nur die bereits stattfindende Umverteilung des Bodens. Damit verzichteten die Bolschewiki zunächst auf eine politische Gestaltung der Agrarfrage. Dies war insofern klug, da man gar keinen Einfluss auf das Geschehen auf dem Land hatte.

Dieser Verzicht auf politische Gestaltung sollte sich als ein wesentlicher Faktor in der politischen Selbstbehauptung erweisen. Die Bolschewiki konnten – anders als die Provisorische Regierung – gegenüber den revolutionären Erwartungen der Bauern nicht in die Defensive geraten; man hatte die Radikalisierung der Revolution sanktioniert und sich damit gewissermaßen an die Spitze einer Bewegung von unten gestellt; die Konsequenzen, nämlich den teilweisen Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung, nahm man dabei in Kauf, wohl auch, weil diese sich nicht sofort, sondern erst mittelfristig einstellten.

Ganz ähnlich ist der Befund, wenn man sich das Dekret über den Frieden anschaut:

„Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24./25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen.

(...)

Die Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung Russlands, die dieses Friedensangebot an die Regierungen und an die Völker aller kriegführenden Länder richtet, wendet sich gleichzeitig insbesondere an die klassenbewussten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Kriege beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Arbeiter dieser Länder haben der Sache des Fortschritts und des Sozialismus die größten Dienste erwiesen (...). Alle diese Vorbilder proletarischen Heldentums und geschichtlicher Schöpferkraft sind für uns eine Bürgschaft, dass die Arbeiter der genannten Länder die ihnen jetzt gestellte Aufgabe der Befreiung der Menschheit von den Schrecken des Krieges und seinen Folgen begreifen werden; diese Arbeiter werden uns durch ihre allseitige, entschiedene, grenzenlos energische Tätigkeit helfen, die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen.“

Im Zusammenhang mit den Aprilthesen hatte ich bereits darauf hingewiesen, dass Lenin auf die Weltrevolution angewiesen war, um das Argument abzuwehren, er steuere Russland direkt in die militärische Katastrophe. Insofern hatte das Dekret über den Frieden zwei Adressaten: Zum einen die Soldaten der Mittelmächte, die hier unverhohlen zur eigenmächtigen Einstellung der Kämpfe aufgefordert wurden. Allerdings blieb dieser Aufruf ohne nennenswerte Folgen.

Der zweite Adressat waren die eigenen Soldaten: Sie gewannen mit diesem Dekret eine klare Perspektive für die baldige Beendigung des Krieges. Auch hier fügten sich die Bolschewiki einer Eigendynamik, die sie andernfalls zu Überrollen drohte: der Auflösung der Armee von innen her: der Abschaffung militärischer Ränge, der Wahl der Offiziere durch Soldaten, eine geradezu utopisch anmutende Demokratisierung der Armee, die jegliche Autorität in die Hände der einfachen Soldaten legte, oder ganz aufhob. Auch in dieser Frage entzogen sich die Bolschewiki also den Sachzwängen des Krieges, welche die Provisorische Regierung noch anerkannt hatte, und gaben den Auflösungserscheinungen in der Armee freien Lauf. Angesichts der einsetzenden Umverteilung des Bodens hätte man diese auch nur mit Gewalt aufhalten können, denn die Bauern, die hörten, dass zuhause der Boden verteilt

wurde, desertierten in Massen und machten sich auf den Weg nach Hause, um bei dieser Umverteilung dabei zu sein und nicht zu kurz zu kommen.

Auf diese Weise ließ sich der Krieg nicht mehr weiterführen: Ende November kam es zu einem Waffenstillstand und zu einem Friedensangebot an die Mittelmächte. Diese nutzten die militärische Schwäche Russlands infolge des Zusammenbruchs der Armee zu einem Diktatfrieden aus und setzte das Abtreten weiter Teile des Russischen Reiches durch.

Für die innenpolitische Situation wichtig: Aus Protest gegen den Friedensschluss verließen die Linken Sozialrevolutionäre die Koalition mit den Bolschewiki und ermordeten den eben erst ernannten deutschen Botschafter Graf Mirbach in Moskau. Dies war wohl der Versuch, den Abbruch der Beziehungen zum Deutschen Reich zu erzwingen, die Bolschewiki deuteten es jedoch als Putschversuch, ließen das Hauptquartier der linken Sozialrevolutionäre bombardieren und zerschlugen die Partei schließlich.

Am 20. Dezember 1917 wurde eine Geheimpolizei gegründet, die *Allrussische Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage* (russ. Всероссийская чрезвычайная комиссия по борьбе с контрреволюцией, спекуляцией и саботажем, oder kurz: die Tscheka. Ihr erster Leiter wurde Feliks Dzierżyński. Die Aufgabe der Tscheka war der Kampf gegen die Gegner des neuen Regimes, die pauschal als „Konterrevolutionäre“ stigmatisiert wurden. Mit dem "Beschuß über den Roten Terror" vom 5. September 1918 bekam die Tscheka die erwünschten Vollmachten, alle "Klassenfeinde" in Lagern zu isolieren und Konterrevolutionäre ohne Nachfrage zu erschießen.

Die Opfer des stark ausgeprägten Freund-Feind-Denkens waren nichtbolschewistische Politiker, Arbeiter, die für ihre von der Revolution versprochenen Rechte kämpften, Bauern, die sich gegen die Requirierungen wehrten, Kosaken, die als die Feinde der Sowjetmacht schlechthin galten, und sonstige sog. "Kapitalisten", "Ehemalige", Kirchenleute und "sozial fremde Elemente", die im Denken der Bolschewiki nur ihre Feinde sein konnten. Die Geschichtsschreibung geht davon aus, dass die Tscheka von ihrer Gründung bis zu ihrer Umwandlung in die GPU im Februar 1922 ca. 140.000 Menschen exekutiert hat.

Die Kritik an der Tätigkeit der Tscheka, die auch von Bolschewiki geäußert wurden, wies Lenin stets zurück. Am 7. November 1918, bei einer Festveranstaltung der Tscheka, erklärte er:

"Wenn ich sehe, was die Tscheka leistet und dies den Angriffen gegenüberstelle, so sage ich: Das ist doch Spießbergerede, das keinen Pfifferling wert ist."

Lenin ließ auch auf den Solovezker Inseln im Weißen Meer ein Arbeitslager einrichten. Bereits im Mai 1920 entstand im dortigen Kloster ein Arbeitslager, das ab 1923 der Verwaltung der Nördlichen Lager unterstellt wurde und in dem über 3.000 Häftlinge untergebracht waren. Das „Solowezki-Lager zur besonderen Verwendung“ (SLON) wurde zum Nukleus des späteren Gulag.

Die beiden ersten Dekrete des Rats der Volkskommissare hatten klar darauf hingewiesen, dass endgültige Regelungen erst von einer Verfassungsgebenden Versammlung zu treffen seien. Mitte November fanden die Wahlen statt und brachten folgendes Ergebnis: Die Bolschewiki waren mit rund 25 % zwar zweitstärkste Kraft, die absolute Mehrheit errangen jedoch die Sozialrevolutionäre.

Angesichts der realen Machtverhältnisse mutet dieses Ergebnis fast schon anachronistisch an; die Verfassungsgebende Versammlung war ja auch das zentrale Projekt der gestürzten Provisorischen Regierung und wurde deshalb auch häufig als „Nachspiel“ bezeichnet. Tatsächlich hatten im November der Rat der Volkskommissare und die Räte die Macht, und die Bolschewiki hatten die wichtigsten Grundfragen der künftigen politischen und gesellschaftlichen Ordnung bereits entschieden. Eine Konstituante konnte da aus Sicht der Bolschewiki die Geschichte nur noch zurückdrehen.

Warum haben die Bolschewiki also überhaupt noch Wahlen abgehalten und die Konstituierende Versammlung zusammentreten lassen? Lenin war sich nicht im Klaren darüber, welche Popularität die Idee einer Verfassungsgebenden Versammlung genoss und entschloss sich anstelle einer sofortigen Unterdrückung für eine Hinhaltenaktik: Durchführung von Wahlen bei gleichzeitiger Distanzierung von der Konstituante, dort kämen doch nur die Beschützer, Lakaien und Kostgänger der alten Ordnung zu Wort.

Die Desavouierung der Versammlung schien Lenin wohl *nach* ihrem Zusammentritt leichter als im Vorfeld. Außerdem musste er sich auch in dieser Frage erst gegen innerparteiliche Widersacher durchsetzen. In der ersten und einzigen Sitzung am 5.1.1918 inszenierten die Bolschewiki einen Konflikt, indem sie der Versammlung eine „Deklaration der Rechte des werktätigen Volkes“ zur Abstimmung vorlegten, die im Grunde die von den Bolschewiki geschaffene Ordnung sanktioniert hätte. Als die verfassungsgebende Versammlung dieses Ansinnen ablehnte, wurde sie vom Rat der Volkskommissare kurzerhand aufgelöst.

Damit war die Vision einer breiten sozialistischen Koalition endgültig gestorben: die Revolution war zu einer Revolution der Bolschewiki geworden. Im August 1918 verübte die Sozialrevolutionärin Fanny Kaplan ein Attentat auf Lenin, das dieser nur knapp überlebte. Fanny Kaplan wurde kurz nach ihrer Festnahme hingerichtet und die Partei der Sozialrevolutionäre vom Rat der Volkskommissare verboten.

3. Lenin und der Bürgerkrieg

Der Russische Bürgerkrieg war nicht nur – wie landläufig häufig gedacht wird – ein Krieg zwischen Roten und Weißen, also zwischen sozialistischer Revolution und Kräften der alten Ordnung. Der russische Bürgerkrieg war vielmehr ebenso ein Krieg unter Sozialisten, zugleich ein Bauernkrieg, ein Krieg gegen eine ausländische Intervention und eine Reihe von nationalen Unabhängigkeitskriegen, die von Finnland bis zum Kaukasus reichten. Wir haben es also mit einer nur schwer zu entwirrender Vielfalt von miteinander verschlungenen Konflikten zu tun, die sich auch nicht von der gleichzeitig stattfindenden Umgestaltung aller Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens trennen lässt.

Die Bolschewiki haben den Bürgerkrieg stets als Kampf der Roten Armee gegen die Weißen dargestellt. Die Weißen wurden dabei als Monarchisten stigmatisiert, die zudem mit dem kapitalistischen Ausland gemeinsame Sache machten, um die Revolution wieder rückgängig zu machen. Tatsächlich gehörten auch die demokratischen Kräfte sowie konkurrierende sozialistische Parteien zu den Gegnern der Roten Armee.

Nachdem Lenin die Konstituierende Versammlung aufgelöst hatte, zogen sich ca. 100 Abgeordnete nach Samara zurück und bildete dort eine Gegenregierung zum

Rat der Volkskommissare: Das *Komitet členov Učreditel'nogo sobranija* oder abgekürzt: *Komutsch*. Im Grunde handelte es sich beim *Komutsch* um eine Regierung der Sozialrevolutionäre, die von einigen Kadetten und Menschewiki unterstützt wurden. Politischer Führer war Viktor Černov, der Kopf der Sozialrevolutionäre, der auch bereits Mitglied der Provisorischen Regierung gewesen war; damit Anknüpfen an die Provisorische Regierung: Koalition aus Sozialrevolutionären, den liberalen Kadetten und den Menschewiki.

Deren Hauptproblem war, dass man über keinen eigenen militärischen Arm verfügte; dies machte man vorübergehend wett, indem man mit der Tschechoslowakischen Legion zusammenarbeitete, die aus 35.000 Soldaten bestand. Am Ende aber setzte sich die Rote Armee auch gegen diesen Gegner im Bürgerkrieg durch, sowie gegen die monarchistischen Kräfte oder die „Grüne Bewegung“, eine von Anarchisten geleitete Bauernbewegung.

Der Bürgerkrieg war ein zweieinhalbjähriges, geradezu apokalyptisch anmutendes Ringen um die Herrschaft in Russland. Der Bürgerkrieg wurde von beiden Seiten unter extremer Anwendung von Gewalt geführt; grausige Schilderungen und auch Photographien erspare ich Ihnen an dieser Stelle.

Opfer wurden nicht nur die kämpfenden Einheiten, sondern in großem Ausmaß die Zivilbevölkerung, die unter der Gewalt aller kriegführenden Parteien litt. Zudem töteten die Bolschewiki im Laufe des Bürgerkrieges mehrere tausend orthodoxe Christen, darunter auch dutzende hohe geistliche Würdenträger. Allein in den Jahren von 1917 bis 1922 verurteilten die neuen Machthaber 2691 Priester, 1962 Mönche und 3447 Nonnen zum Tode, außerdem wurden ca. 15.000 Geistliche ohne Urteil hingerichtet

Auch die Ermordung der Zarenfamilie gehört in den Kontext des Bürgerkrieges: Als sich Truppen der Weißen Armee dem Verbannungsort Jekaterinburg näherten, wurde die gesamte Zarenfamilie am 17. Juli 1918 mit Billigung der bolschewistischen Partei- und Staatsführung von den sie bewachenden Soldaten hingerichtet.

Fazit

War Lenin ein „Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie der Massen“?

Nein, und Lenin hätte sich selbst auch nicht als ein solcher bezeichnet. Er sah als Ziel der Revolution die „Diktatur des Proletariats“, und die Bolschewiki sah er wiederum als Speerspitze der Revolution, die das Proletariat lenke und in dessen Namen handle. Nicht die Massen waren in der Sicht Lenins die Akteure der Geschichte, sondern die Avantgarde des Proletariats, die im Namen und für die Massen handle. Und als Avantgarde des Proletariats sah er sich selbst und seine Parteigenossen an.

Infolgedessen sah er in den politischen Kräften, die für eine repräsentative Demokratie eintraten, in jener Zeit vor allem die liberale Partei der Kadetten, Feinde der Revolution. Und in anderen sozialistischen Parteien, insbesondere den Menschewiki und den Sozialrevolutionären, sah er eine politische Konkurrenz, mit der er die Macht zu keinem Zeitpunkt teilen wollte. Es ging Lenin nicht nur um die Etablierung eines sozialistischen Staates, sondern um einen sozialistischen Staat ganz nach den Vorstellungen der Bolschewiki. Wer seine politische Konkurrenten als Feinde betrachtet, die es auszuschalten gilt und Gewalt als ein legitimes Mittel betrachtet, der ist kein Vorkämpfer für Demokratie, sondern Befürworter eines diktatorischen Herrschaftssystems, das den Weg der Unfreiheit und nicht der Freiheit beschreitet.